

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der Wochenschrift „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Lebense“, „Die rote Bl.“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

Anzeigenpreis: Die 8spaltige Millimeterzeile ab. deren Raum 10 Spalten breit, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Besammlungsanzeigen 4 Spalten breit. — Kleinanzeigen: Die Millimeterzeile 4 Spalten breit oder deren Raum im Wert 30 Spalten breit.

Mittwoch, 2. April 1924

Bezugspreis: Bei regelmäßiger 6 monatiger Erscheinung monatlich 2. — Bei unregelmäßiger 30 Pfg. Einzelpreis durch Straßenhändler 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Technikerstraße 30. — Postkontingent: Breslau Nr. 819 550. — Fernsprecher: Breslau, Nr. 887

Das Waldenburger Bergrevier vor dem Kampf.

Seit dem Oktober 1923, dem Monat des Sieges des Faschismus in Deutschland, haben sich die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Waldenburger Bergarbeiter immer mehr verschlechtert. Die Schichtlöhne, die noch im Dezember durchschnittlich 4,50 M. betrugen gingen allmählich bis auf 3,50 M. herab. So bekamen die Waldenburger Bergproleten am deutlichsten die Segnungen der Stabilisierung der Mark zu spüren. Die Lebensverhältnisse gestalteten sich schlimmer, als sie selbst in Vorkriegszeiten bei den Erwerbslosen waren.

Das Antreiberstern, das ja gerade im Bergbau, und speziell im Waldenburger Gebiet, äußerst scharf und reaktionär war, wurde immer mehr verschärft. Das Familienpfeilergesetz wurde eingeführt, d. h., wo früher drei Bergleute zusammen arbeiteten, waren es jetzt ihrer 15 bis 20.

Natürlich langte nicht die bisherige Zahl der Antreiber. Statt eines Steigers kamen jetzt zwei auf jedes Revier, und zwar ein zweiter für die Mittagschicht. Und diese Herren, die 1918 so fasz geworden waren, wie noch nie, trumphen jetzt wieder auf, so unverschämt, wie einst im wilhelminischen Deutschland.

Die Zechenbarone hatten während der Inflationszeit ungeheure Gewinne eingehemmt. Alle angeblichen Belastungen des Bergbaues im Ruhrgebiet und die Preiserhöhungen die auf Grund dessen von den weltlichen Zechenherren durchgeführt wurden, gaben den Waldenburger Kohlenmagnaten ebenfalls einen Vorwand zur Preiserhöhung für Kohlen. Aber so bald auch die Güter des Profits answollen, für Lohnerhöhungen und Arbeiterschutz war niemals etwas da. So erbaute die Direktion der Glückhillsgrube ein neues, ganz modernes Maschinenhaus. Auf dem Bahnschacht wurde eine Kokserei neu angelegt, aber beispielsweise der Ueberfüllung der Waschklaue abzuhelfen hatte man kein Geld.

Alle die Riesengewinne der Montanindustrie genügten den Waldenburger Magnaten nicht. Sie hatten die 8 Stunden Schicht den Untertagsarbeitern aufgedrungen, jetzt wollen sie den Ubertagsarbeitern die 12 Stundenarbeit bescherten. Das würde für die Untertagsarbeiter

die Entlassung eines Drittels der Belegschaft bedeuten. Und schon jetzt beginnen die Zechengewaltigen mit den Vorbereitungen. Allein auf der Glückhillsgrube wurden in jeder Abteilung 25 Mann, insgesamt 375 Mann entlassen.

Selbstverständlich fliegen als erste die Kommunisten und revolutionären Arbeiter auf Pfahler. Nehulich geht es auf den anderen Gruben Waldenburgs zu.

Mit einer rücksichtslosen Brutalität, von der man wünschte, die Arbeiter würden sie im Kampfe gegen das Kapital ebenso anwenden, gehen die Zechenherren gegen die revolutionären Betriebsräte vor. So wurde unser Genosse Reinhold Paßelt, der von den Arbeitern auf der freigewerkschaftlichen Seite aufgestellt, zusammen mit anderen oppositionellen und Reformisten zum Betriebsrat gewählt worden war, kurzer Hand entlassen, weil — abgebaut werden mußte! In Wirklichkeit

fürchte der fassambekannt Bergassessor Brandes die revolutionäre Arbeit unseres Genossen im Betriebsrat und warf ihn deshalb kurzer Hand aufs Pfahler.

Die Arbeiter jedoch sind nicht gewillt, passiv alle Provokationen des Unternehmertums hinzunehmen. Bereits hat die Belegschaft der Glückhillsgrube ein Ultimatum gestellt. Entweder sofortige Wiedereinstellung Paßelts oder Streik.

Wie nicht anders zu erwarten, beginnen in dieser Lage die traurigen Knechte des Kapitals, schon jetzt, bevor der Kampf noch begonnen hat, den Kampfwillen der Arbeiterschaft zu unterwühlen. So schreibt die sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht“ nach einem kläglichen Gejammer über die Not des Bergproleten:

„Beabsichtigt die Belegschaft, gegen die Massenündigung und das rücksichtslose Vorgehen der Bergherren Stellung zu nehmen, so verpflichtet sie sich gleichzeitig, wie wir hören, zwei Tage in der Woche zu feiern.“

Mit anderen Worten: Arbeiter, kämpft nicht! Eure Lage bleibt gleich elend, ob Ihr gegen die Entlassungen kämpft oder ob Ihr sie freiwillig als treu ergebene Schäflein des Herrn hinnehmt.

Nun, die Waldenburger Kumpels sind keine schlesischen Bergnachwächter. Sie werden eine andere Sprache reden mit den Unternehmern und mit seinen Schreiberknechten von der „Berowacht“.

Die Bergarbeiter wissen, daß ein isolierter Kampf von vornherein verloren ist. Sie treffen deshalb die Vorbereitungen zu einem Generalstreik der Waldenburger Bergproleten. Freitag findet in Niederschermsdorf eine Konferenz aller oppositionellen Betriebsräte des Waldenburger Gebietes statt. Auf ihr werden die Führer der einzelnen Reviere über die Kampfstimmung und die wirtschaftliche Not ihrer Kumpels Bericht erstatten. Die Konferenz wird die Zeitung für den kommenden Kampf bestimmen und auf Grund der gegebenen Situation den Kampfsplan entwerfen.

Bereits haben eure polnischen Brüder in Oberschlesien den Kampf aufgenommen. Bald wird auch der deutsche Teil ober-schlesischer Gruben in Flammen stehen. Soll die ober-schlesische Flamme im Waldenburger Revier auf eine Scheidewand stoßen, an der ihre Kraft sich bricht? Schon gibt es in allen Bergrevieren Deutschlands. Die schlesischen Bergproleten werden im Kampfe nicht allein stehen. Es naht die Entscheidungsschlacht aller Bergarbeiter des Deutschen Reiches.

Waldenburger Bergarbeiter, gedenkt der arden Kampfe, die Ihr 1921 geführt habt. Seid eingedenk eurer revolutionären Tradition! Rüstet zu einem wuchtigen Schlag gegen das Zechenkapital!

Vertraut nicht den sozialdemokratischen und christlichen Beträgern, die Euch wieder zurückhalten wollen. Nur im Kampf könnt ihr die 7 und 8 Stundenarbeit zurück erobern und halten. Waldenburger Bergarbeiter, seid bereit zu kämpfen und zu siegen!

Das Münchener Faschistengericht

München, den 1. April. Heute vormittag 10 Uhr 5 Minuten wurde im Hitlerprozeß das Urteil verkündet. Lubendorff wurde unter Aufbürdung der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen. Hitler, Böhner, Kriebel und Weber erhielten je 5 Jahre Festungshaft, Tragung der Kosten und 200 Goldmark Geldstrafe, eventl. 20 Tage Festung. Nach Verbüßung einer Strafzeit von sechs Monaten Festungshaft wird für diese Verurteilten eine Bewährungsfrist für den Strafrest in Aussicht gestellt. Die Angeklagten Fried, Böhn, Brückner, Wagner und Berner erhalten wegen Beihilfe je ein Jahr 3 Monate Festung und je 100 Goldmark Geldstrafe, eventl. 10 Tage Festungshaft und werden zur Tragung der Kosten verurteilt. Diesen Verurteilten wird die Bewährungsfrist mit sofortiger Wirksamkeit bis 1. April 1928 gewährt.

Wen nimmt das Urteil wunder? Konnten wir nach fünf Jahren deutscher republikanischer Justizmach ein anderes Resultat erwarten? Würden nicht die Mörder Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Leo Jogiches, Levine, Eisners und die ganze übrige Nordbanditengesellschaft freigesprochen oder über die Grenze geschafft, unter dem Jubel und Beifallsgeheul der Bourgeoisprelle? Daß diese alten monarchistischen Mumien, deren Gehirn nur aus Altenraub besteht, kein anderes Urteil fällen würden, war selbstverständlich. Der Faschismus hat der Arbeiterschaft wiederum bewiesen, wie albern das Märchen einer „gerechten“, „neutralen“, „demokratischen“ Justiz ist, daß es nur eine Klassenjustiz gibt, heute eine bürgerliche, blutstrießig gegen Arbeiter, milde und versöhnlich gegen die Bourgeoisie. Wir können sie nur beseitigen, indem wir ihr eine um so härtere, erbarmungslos proletarische Klassenjustiz entgegenstellen.

Die Prozeßkomödie in München hat nicht nur die faschistische Verleumdung der Justiz gezeigt, sie hat gleichzeitig die Nationalhelden Hitler, Lubendorff und Konjorten als Sammergefallen enthüllt. Zu feig, am 7. November den bewaffneten Kampf gegen die Reichswehr durchzuführen, waren sie auch vor Gericht feige genug, nicht einmal zu ihren eigenen Taten und Mäuten zu stehen. Der große Feldherr Lubendorff gab seine eigenen Gesinnungsgenossen Hitler und Freunde preis, um einen Freispruch zu erzielen. Er hatte „von nichts gewußt“, war selbst im Bürgerbräu gleichsam „überrompelt und überwältigt“ worden. Der kleine Hitler verkroch sich hinter die Rodschöbe von Raß. Und Raß, der als Staatskommissar und vordem das faschistische Maul nicht voll genug nehmen konnte, der geschworen hatte, mit den Faschisten bis ans Ende der Welt zu marschieren, und im Bürgerbräu diesen Schwur, sehr freiwillig, erneuerte, schüttelte den kleinen Hitler ab. Ein klägliches Bild! Nicht minder kläglich waren die Gestalten von Löffel und Seifler, der früheren Kumpen Sillers.

Nicht nur die ganze Hohlheit und Faulnis der faschistischen Organisationen, die zu zerfallen ein einiges Proletariat mit leichter Mühe imstande sein wird, enthüllte der Prozeß. Er zeigte zugleich, welches die Gründe zum vorzeitigen Poschlagen Sillers waren:

Der Druck der hinter ihm stehenden, proletarisierten, entwurzeltten Schichten der Kleinbourgeoisie und des Lumpenproletariats.

Wie auch schon die große Tagung der Industriellen in Berlin zeigte, fürchtet die Großbourgeoisie nicht nur die Kommunisten und ihren Einfluß auf die Massen, sondern sogar auch „Sozialismus des Mittelstandes“. Mögen ihr auch die Führer des Faschismus, wie Hitler und Lubendorff, treu ergeben sein, mag sie bei diesen Kriegsschlächtern unbedingt überzeugt sein, daß er im Ernstfalle, trotz aller halbsozialistischen Phrasen, jeden Kommunisten und revolutionären Arbeiter an die Wand stellen wird, so wittert sie doch, selbst in diesen halbsozialistischen Phrasen, eine Gefahr. Die vollkommen verarmten, geistlich und wirtschaftlich haltlos gewordenen Schichten der Kleinbourgeoisie drängen Hitler zum vorzeitigen und überflüssigen Poschlagen. Die Bourgeoisie hingegen zog den kalten Rutsch Seidts-Eberts mit Hilfe einer Reichswehr, die feil in deren Hand war, dem Vorstoß Hitlers mit seinen undisciplinierten, pogromartigen Bürgerbräuholdern vor.

Der Prozeß zeigt als letztes den Fehler der KPD., die im Oktober 1923 klar nach München auf Hitler blinde, in ihm den Hauptfeind sah, anstatt in dem wohlgerüsteten, durchorganisierten Heer der Reichswehr und des Generals Seidts.

Daß der Faschismus so klar werden konnte, ist nicht nur die Schuld der verräterischen SPD., sondern auch der Schwäche der KPD., die es noch nicht genügend verstand, durch eigene selbständige, klare, kluge Politik dem negativen, zerfallenden Einfluß der SPD. eine positive, revolutionäre Politik entgegenzustellen, die, selbst bis ins Kleinbürgertum hinein, den Wertaktigen Vertrauen einflößt, sie um die KPD. schart und sie im Kampfe führt.

Mit dem Zerfall der SPD. wird der Kampf gegen den Faschismus zu einer Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterschaft. Der Hitlerprozeß hat die Gefahren und — die Schwäche des Faschismus enthüllt. Es gilt, die Lehren daraus zu ziehen und den Feind zu schlagen.

Generallstreik in Ost-Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht.)

Kattowitz, 1. April. Der Generallstreik in Ost-Oberschlesien ist durchgeführt. Sämtliche Gruben- und Hüttenbetriebe liegen still. Die Arbeiterschaft verlangt die Siebenstundentagsarbeit für Ubertag, die Achtstundentagsarbeit für Ubertag. Es sind bereits große Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung herbeigezogen worden.

Der weiße Terror setzt ein.

In Deuthen O.-S. auf der Heinitzgrube werden immerzu Genossen der KPD. verhaftet, weil angeblich Waffen bei ihnen lagerten. Es wurde bei ihnen nichts vorgefunden. Dennoch werden sie in Schachhaft gehalten. Aus welchem Grunde werden eigentlich die Verhaftungen vorgenommen? Die Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks, die Bewegung der Arbeiter gegen die verlängerte Arbeitszeit, die Stellungnahme der Arbeiterschaft in Ost-Oberschlesien zum Generallstreik, das ist der wahre Anlaß zu den Kommunistenverhaftungen, den zuzugeben, diese Knechte zu verfolgen sind.

Die Belegschaft der Heinitzgrube steht geschlossen hinter den Verhafteten, weil das die ehrlichen Kämpfer für Arbeiterinteressen sind. Die ganze Belegschaft wird dem Treiben und den Scherereien der Kapitalisten nicht mehr länger zusehen. Familienväter mit großen Familien sind eingesperrt und die Kinder dadurch zum Hungertode verurteilt. Unsere Führer haben sie uns eingeschürt, damit von der Heinitzgrube nicht wieder zuerst der Streik losbrechen soll. Sie wissen, daß wir auf der Heinitzgrube Stange halten. Auch heute sollen sie es wissen:

Sobald unsere Führer nicht bis Mittwoch freigelassen werden, hebt die ganze Belegschaft Streik! Einigkeit macht Kraft!

Die Hamburger Eisenbahner verlassen nach acht Stunden den Betrieb.

Nachdem die Frachtabfertigungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes Sonnabend und Sonntag beschließen hatten, nach achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb zu verlassen, fand die Generalversammlung des DEB gestern abend folgenden Beschluß:

„Am Dienstag verlassen die Arbeiter der Bahnhofsarbeiten der Betriebswerkstatt Ohlsdorf, der Betriebswerkstatt Altona und der Güterböden nach achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb. Die übrigen Betriebswerkstätten und in Betracht kommender Dienststellen verlassen am Mittwoch nach achtstündiger Arbeit den Betrieb.“

Dieser Beschluß wird heute und morgen durchgeführt werden. Die Forderungen der Hamburger Eisenbahner sind: 1. Wiederherstellung des Achtstundentages, 2. fünfzigprozentige Lohnerhöhung.

Nur die Kommunisten kämpfen gegen die Ruhrbesetzung.

Während in der französischen Kammer der sogenannte Linke Bloß die Vereinigung der französischen Sozialdemokraten mit den liberalen Flügeln der Bourgeoisie, nur eine Scheinopposition gegen die Ruhrbesetzung treibt und, selbst an der Macht, dieselbe Annexionspolitik treiben würde, führen die Kommunisten als einzige Partei eine energische kraftvolle Kampagne gegen den französischen Imperialismus. Unser Genosse Blanc interpellierte in der Kammer über die verdrögerische Politik Poincarés und entrollte das proletarische Reparationsprogramm und verlangte das Bündnis mit Sowjetrußland.

Ein amerikanisches Zwangsdiensgesetz. Nach deutschem Muster berät der amerikanische Senat ein Zwangsdiensgesetz gegen die Arbeiterschaft.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Russland.

Der „Vollwuchs“ zur Beachtung!

Der „Vollwuchs“ zur Beachtung! (WPC.) Berlin, 29. März. Ein außerordentlich lebendiges Bild von dem gewaltigen Aufstieg des wirtschaftlichen Lebens in Russland...

10 Jahre Verrat der SPD. 1914-1924. Nur die Kommunistische Partei vertritt die Arbeiterinteressen.

Infolge Raummangels konnten wir in unserer gestrigen Ausgabe keinen ausführlichen Bericht der Versammlung im Schieferwerder bringen. Wir holen hiermit das Verbliebene nach. Die Redaktion...

Ich gebrochen, das Ruhrproletariat niedergeworfen — 1921 schlug Sozialdemokrat Hörling die Arbeiter in Mitteldeutschland nieder. 1922 beschloß der Parteitag in Oldenburg die Große Koalition...

Die Leno rüftet.

Die gewaltigen Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Anarchisierlärer, die in Deutschland entzerrt sind, lassen die Bourgeoisie ihre gesamten Kräfte zur Niederdrückung der Proletariat mobilisieren...

Dann der 9. November. — Die Cobdenräte entstehen, die Arbeiter entlassen. — Rationalsammlung löste die Wähler aus dem Wählerrecht. Demokratie von den Sozialdemokraten...

In der Diskussion sprachen zunächst zwei sozialdemokratische Arbeiter, die früher der USPD angehört. Sie verurteilten die Politik, die während des Krieges und auch zum Teil nachher getrieben wurde...

DIE REBECCEN

Von P. E. Dybenko. (In Fortsetzung erschienen im Verlage für Literatur und Politik, Wien.)

IX. Als in einem Tages vom Lohndienst-Heide durch Petersberg wanderte, belächelnd ich, dem Palais der Schiffsbauerei...

lichtig. — ich habe gehört, daß Sie sich mit der Regierung aneinander heranziehen. Sehen Sie zu, daß nichts geschieht. Es wird nichts geschehen, Maximir Ippich, das sind Berleubungen, wir sind beschlossene Leute und warten, bis man uns raßt...

sprechen Sie nicht vor der Versendung der Schiffe zurück. Nehmen Sie die Unterseeboote rechtzeitig von ihren Stellungen und befehlen Sie die Durchfahrt nach Kronstadt. Für den Marineminister — Ledebow, Stabschef Kapitän Kulef...

Genossen, wo ist eure Betriebszellenzeitung? Nichts nach!

Betriebszellenzeitung, Friedenshoffnung.

Arbeiter! Was geht im Betriebe vor? Die Unternehmer werfen aus jeder Abteilung 25 Protesten auf die Straße, um durch solche Maßnahmen einem Kampf entgegen zu treten, die Friedensarbeit von 10 Stunden zu erzwingen.
Kameraden, dies darf ihnen unter keinen Umständen geschehen.
Auf der Segen-Dalles-Grube ist der gewählte Betriebsrat sofort entlassen worden. Die Delegierten fordern die Zurücknahme der Entlassung. Schließt Euch den Kameraden von dort an. Sagt den Unternehmern den schärfsten Kampf an und ihr werdet verhindern, daß noch mehr gegen Euch unternommen wird.
Fordert die Beschäftigten zusammen!
Fordert die Wiederherstellung eurer Kameraden!
Fordert die 7-Stunden-Arbeit!
Macht zum Kampf! Arbeiter auf die Straßen!
Ihr müßt regnen!

Der Spindel Besler.

Der Delegierte der Feinweberei hat aber das Maß voll gebracht. Aus der großartigen Gewerkschaft zu den Kommunisten geschickten Besler die Ortsgruppe folgendes zu berichten:

Die heilige Zentrumsgewerkschaft hat den Spindel Besler gut finanziert. Besler hat verstanden, sich radikal bei den Versammlungen zu betheiligen und immer angegeben, der radikalste Kommunist zu sein, um die Arbeiterklasse hinter sich zu bekommen und sie dann zu verkaufen. Besler hat im Oktober von irgendeiner Seite Waffen beschaffen bekommen und diese an die Arbeiter verteilt, bloß zu dem Zweck, sie demütigen zu können. Jetzt steht er im Drubendor mit Kriminalisten und hetzt, wer im Besitze von Waffen ist.

Mit solchen schmutzigen Mitteln arbeiten die frommen Zentrumskräfte gegen Arbeiter, welche um ihr Brot kämpfen wollen!

Arbeiter, der Besler geht Euch immer noch als Kommunist aus. Spudt ihm ins Gesicht, denn mehr ist er nicht wert, wenn er Familienväter verhaften läßt.

Sandeshaus. Streik bei der Firma Baug.

Aussperrung bei der Firma Baug, weil die Arbeiter sich weigern, sich den 10-Stunden-Tag aufzuzwingen zu lassen. Zeitlich ist für die Metallindustrie die 40-Stunden-Woche vereinbart; im Bedarfsfälle kann bis 54 Stunden pro Woche gearbeitet werden. Nur im Einverständnis der gewählten Betriebsleitung ist die 60-Stundenwoche zulässig. Trotz dieser Vereinbarung wurde ohne vorher mit dem Betriebsrat sich zu verständigen, durch den Betriebsleiter den Arbeitern mitgeteilt, daß ab Mittwoch, den 26. März, täglich 10 Stunden gearbeitet wird. Herr Baug lehnte jede Verhandlung ab, kündigte aber 15 Arbeitern, darunter auch Betriebsratsmitgliedern und erklärte: „Im Betriebe bestimmt er! Die Arbeiter erklärten, zu den alten Bedingungen, d. h. 54-stündigen Arbeitswoche, weiter zu arbeiten. Darauf läßt sich Herr Baug nicht ein, sondern er kündigte bis auf die in der Fabrik Beschäftigten, allen das Arbeitsverhältnis. Der Kampf wird durch das Verhalten der Betriebsleiter außerordentlich erschwert, anstatt sich solidarisch zu erklären, sind diese mit der 60-stündigen Arbeitswoche einverstanden gewesen. Trotzdem haben die Ausgesperrten auf dem Standpunkt, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis Herr Baug das vor der Aussperrung bestehende Arbeitsverhältnis und den Betriebsrat anerkennt. Zugunsten der Metallarbeiter nach Landesgesetz hat zu unterbleiben.“

Breslau.

Betriebszellenzeitung Einte-Hoffmann.

Alle Genossen, die bei Einte-Hoffmann arbeiten oder gearbeitet haben, müssen Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Jenke, Berliner Straße 82, erscheinen.

Ein Dementi der „Vollswacht“.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes eruchen wir Sie um Aufnahme folgender Berichtigung in Ihrem Blatt, und zwar an derselben Stelle und in derselben Druckstärke, an und in der der Artikel „Werkwürdige Vorgänge am 1. April“ erschien.
Berichtigung.

1. Es ist un wahr, daß ein Mitglied des Ortsvorstandes femals eine rote Kravatte trug. Ueberzeugte Sozialdemokraten tragen Kravatten nur mit den Streifen schwarz-rot-gelb, wobei der gelbe Streifen am breitesten zu sein pflegt. Der gesamte Vorstand ist stolz auf seine Politik der Volksgemeinschaft und wird sie niemals auf Mostauer Diktat hin aufgeben.

2. Wir Redakteure der „Vollswacht“ denken gar nicht daran, den Federhalter mit der Schippe zu vertauschen. Freie Bahn dem Lächeln!! Wir sind für Fabrikarbeit zu gut.

3. Die Bezirksleitung der SPD. wehrt sich energisch gegen die Unterstellung, daß sie kommunistische Pläne. Solche Pläne überläßt sie den Mostaujüngern.

Hörjing schickt uns aus Karlsbad, wo er zur Entfaltungsur weilt, gleichfalls eine Berichtigung des Inhalts, daß unsere Meldung, er hätte einen Zentner Seife gekauft, um seine Hände von Arbeiterblut reinzuwaschen, erfogen sei.

Soweit die Dementis der „Vollswacht“ und Hörjings. Wir scheinen demnach einem Aprilschwundel zum Opfer gefallen zu sein. Selbstverständlich nehmen wir unsere Aufschuldigung, die SPD. sei wieder eine Arbeiterpartei geworden, hiermit feierlichst zurück und behaupten das Gegenteil.
Die Redaktion.

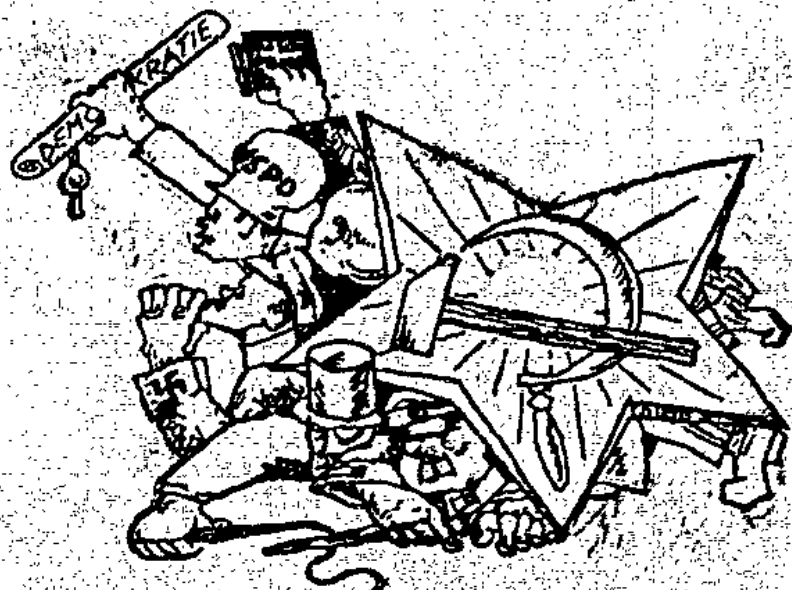
Eine Märzaktion im Kleinen in Vorbereitung?

Der Magistrat teilt mit:

Die Diebstähle von Kasperbraut aus Fernleitungen scheinen nach längerer Pause aufzuleben. Auch die städtischen Elektrizitätswerke sind kürzlich davon betroffen worden. Der städtische Ueberwachungsdiens (städtische Diebstahlforschungsstelle) hat deshalb im Einvernehmen mit den Elektrizitätswerken der Kriminalpolizei und der Oberpostdirektion sofort Maßnahmen eingeleitet, die darauf abzielen, einer Wiederausbreitung der Drahtdiebstähle nachdrücklich entgegenzuwirken. Vor Ablauf 9-tägigen Drahtes wird getarnt. Gegen alle Aufhäuser wird rückstandslos die Einleitung eines Strafverfahrens wegen gewerksmäßiger Hehlerei und die Entziehung der Handelslaubniss wegen Unzuverlässigkeit beantragt werden.

Der Magistrat sollte den Arbeitern auch nur einigermaßen auskömmlichen Lohn, nicht Hungerlöhne zahlen, dann braucht er kein Heer von Kriminalbeamten, die weniger Diebstähle verhindern als Zusammenstöße provozieren werden. Wir kennen ja diese Heere zur Genüge.

Die demokratische Kumbellammer zerstört der kommunistische Hammer.



Aus der Provinz. Die ober-schlesische Arbeiterchaft und die kommenden Reichstagswahlen.

Von R. Marggraf.

In keinem Gebiet innerhalb der Reichsgrenzen wird die kommende Reichstagswahl soviel Anforderungen an die Klarheit und Festigkeit des Klassenbewusstseins der arbeitenden Bevölkerung stellen, wie in Oberschlesien. Abgesehen höchstens von einem Teil des linksrheinischen Gebietes, wird in allen andern Teilen Deutschlands die arbeitende Bevölkerung bei der kommenden Reichstagswahl, von allen besonderen Einflüssen ungehindert, sich zu der Partei bekennen, zu der sie, nach ihrer jetzigen politischen Erkenntnis, das meiste Vertrauen besitzt.

Gewiß bestehen auch diesmal noch bei der Reichstagswahl Einengungen der freien Entscheidung gerade bei den arbeitenden Schichten. Doch diese Einengungen werden bei den jetzigen politischen und ökonomischen Machtverhältnissen niemals auszufallen sein.

Es würden ganz gewiß viel mehr Arbeiter und Arbeiterinnen zu der kommunistischen Partei stehen, wenn die Parteipresse und sonstige kommunistische Literatur weiter verbreitet wäre. Millionengroß ist auch die Zahl derer, die durch wirtschaftlichen Druck der Arbeitgeber bebrängt und in ihrer freien Meinung behindert werden. Doch das sind nun eben Vorzüge der heutigen „demokratischen“ Republik und sie geben uns durchaus keinen Grund, darüber zu lamentieren. Alle diese „Wahlstimmen“, die uns noch zuziehen könnten, wenn jene Hemmnisse nicht vorhanden wären, würden doch kein Zeichen der persönlichen Kampfbereitschaft für die kommunistische Idee sein. Wir messen den Erfolg nicht an den uns zufühenden Mandaten, sondern wir sehen in den Wahlen nur eine Heerschau der zu uns stoßenden Massen, die von der Notwendigkeit des Kampfes durchdrungen sind.

In Oberschlesien und seiner Bevölkerung liegen jedoch die Verhältnisse anders. Hier kommen noch andere Hemmnisse des freien Handelns für die Arbeiterchaft hinzu. Oberschlesien ist ein Gebiet, in dem der Kampf der verschiedenen nationalistischen Strömungen gegeneinander noch ziemlich ungehemmt tobt. Nicht nur bei aufgeregten Zeiten der Kommunal- oder Betriebsratswahlen, sondern auch in normalen, ruhigen Zeiten tritt dieser Kampf in Erscheinung. Auf gewerkschaftlichem Gebiet, im sonstigen Vereinsleben, ja im persönlichen Verkehr, überall stehen wir vor dem Gegensatz zwischen dem polnischen und dem deutschen Element. Dieser Gegensatz wird durch die Nationalisten beiderseits ohne Unterbrechung geschürt.

Auch die jahrzehntelangen Blutmischungen durch Heiraten haben diesen Gegensatz nicht aufzuheben vermocht. Es hat im Gegenteil im gegenwärtigen Augenblick den Anschein, als ob tagtäglich dieser Nationalitätenkampf ungeheuer an Schärfe zunehme.

Weltpolitische Ereignisse, wie Schaffung des Polenreiches während und nach dem Kriege, vordem die innerpolitischen Maßnahmen des kaiserlichen Deutschlands durch seine Polenpolitik geben heute immer noch guten Nährstoff zur Entfaltung wilder Hesse.

Das alte Sprichwort einerseits: „Polen ist noch nicht verloren“ und die Lokalisierung Oberschlesiens von Deutschland andererseits geben den nationalistischen Hezern immer wieder Gelegenheit, das politische Denkfähigkeit der ober-schlesischen Bevölkerung zu verwirren. Leider gibt es noch Hunderttausende Arbeiter deutscher und polnischer Abstammung, die sich durch nationalistische Phrasen leiten lassen und ihr Urteil nicht nach klaren wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten fällen.

Dieser nationalistische Bubenzauber wird auch bei den kommenden Reichstagswahlen eine große Rolle spielen. Die kommunistische Partei Deutschlands und ihre Mitglieder in Oberschlesien haben mit dieser nationalistischen Nationalitätenleihe nichts gemein. Sie wissen zu genau, daß der ober-schlesische Arbeiter, gleich welcher Nationalität, seine wirtschaftliche Existenz und seine politischen Rechte nicht erhalten kann durch die polnische Regierung von Frankreichs Gnaden, noch von einer deutschen bürgerlichen oder sonstigen Koalitionsregierung.

Sie wissen, daß beide Ziele nur zu erreichen sind in einem proletarischen Staat mit einer Arbeiterregierung als Willensausdruck der proletarischen Klasse. Die kommunistische Partei ist darum die einzige Partei, die die Arbeiterchaft Oberschlesiens unter der klaren Parole der Erregung der politischen und ökonomischen Macht um ihr Banner sammelt. Sie ruft den deutschen und polnischen Arbeiter Oberschlesiens zu, sich nicht national zu bekämpfen, sondern miteinander verbunden um die politische und ökonomische Macht unter der Führung der kommunistischen Partei zu ringen.

Die kommunistische Partei sagt den Arbeitern, daß sie zu lösenden Fragen ökonomischer und politischer Natur sind. Sie sind nicht Fragen eines Streites um die Nation, noch weniger aber Fragen eines Streites weltpolitischer oder weltwirtschaftlicher Normherstellung kapitalistischer Länder. Die kommunistische Partei hat den ober-schlesischen Arbeitern in der Vergangenheit mehrfach gezeigt, daß sie willens ist, sie in wirtschaftlich wie politisch notwendigen Kämpfen zu führen und ihnen beizustehen. Die kommunistische Partei hat keine Ursache, nur im geringsten der polnischen nationalistischen Bewegung Vorschub zu leisten. Die Ermordung und die Enterteuerung laufender polnischer revolutionärer Arbeiter enthalten die polnische Regierung als Klassenfeinde der Arbeiter. Die kommunistische Partei hat eben lo wenig Ursache, die bürgerliche Regierung Deutschlands zu stützen. Diese Regierung zeigt ebenfalls, daß sie eine Regierung der herrschenden Klasse ist.

Doch ein zweites Moment tritt noch hinzu, das geeignet ist, viele ober-schlesische Proletarier von ihrer Kampfbereitschaft für den Kommunismus abzuhalten. Das ist die religiöse Beeinträchtigung durch den Klerus. Auch hier ist die kommunistische Partei die einzige, die eine klare Stellung einnimmt. Wie bequem wäre es für sie, nach Art der andern zu erklären: „Religion ist Privatangelegenheit“. Doch diese Methode überläßt sie den andern Parteien. Diese haben es nötig, die notwendigen Stimmen dort zu nehmen, wo sie zu ergattern sind. Alle Parteien von den bürgerlichen bis zur Sozialdemokratie, umschmeicheln die Wähler aller religiösen Richtungen. Ja, gab es in Oberschlesien Mahomedaner und Teufelsanbeter, so würden sie auch denen die Meinung beizubringen versuchen, daß ihre Reichstagskandidaten die einzigen sind, die mahomedanische Interessen und die des — Teufels vertreten. Eine Ausnahme machen die „Völkischen“ mit den jüdischen Wahlstimmen. Hoffentlich wählt nicht schließlich doch ein Israelit die „Freiheitspartei“, sonst wäre damit schließlich ihr arabisches Wesen veräußert. „Jüdische“ Rentenmark, je länger je lieber ihre Nullenbezeichnung, dürften auch schließlich von dieser „Leutschen“ Partei abgelehnt werden.

Die kommunistische Partei sagt auch in dieser Frage der schaffenden Bevölkerung Oberschlesiens klar und klar, daß alle diese Religionsgemeinschaften nur den Zweck haben, die bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse von heute in Deutschland zu erhalten. Beide Religionsgemeinschaften, sowohl die evangelische als auch die katholische, sind Feinde der Arbeiterklasse im Kampfe um ihren wirtschaftlichen und politischen Aufstieg.

Von den Kanzeln beider Kirchen werden es Diener Gottes versuchen, die Entscheidung der arbeitenden Bevölkerung über die politischen Notwendigkeiten zu verwirren. In beiden Religionsgemeinschaften werden sie, wie bisher, uns Kommunisten als diejenigen hinstellen, die umhergehen wie Wölfe, um die Schäflein zu verschlingen. Beide Religionsgemeinschaften suchen es den Proleten begreiflich zu machen, daß die heutige Gesellschaftsordnung eine „gottgewollte“ ist, der sie sich willig unterordnen müßten.

„Seid nun untertan der Obrigkeit, die Gewalt —, oder, eher geht ein Kamel durch das Nadelohr, ehe ein Reicher ins Himmelreich kommt.“ Auf gut deutsch: „Meist Rechte, denn ihr seid zu Rechten geboren.“ Sie sind und bleiben eben die getreuen Trittbretter der herrschenden Klasse und als solche müssen sie den Aufstieg der Arbeiterklasse verhindern. Die Kirche übt eine große suggestive Macht auf den ober-schlesischen Arbeiter aus. Sie ist ein Stück Tradition, die noch in ihm lebt und es wird ihm noch viel Ringen um politische Klarheit kosten, ehe er diese Tradition über Bord wirft und sich zur Kampfbereitschaft für die kommunistische Idee bekennt.

Wird nun die arbeitende Bevölkerung Oberschlesiens, trotz dieser ungeheuren Gefahren politischer Irrsens, bei der kommenden Reichstagswahl kampfbereit in unserem Sinne sein? Wir haben guten Grund, es anzunehmen.

Die deutschen und polnischen Arbeiter Oberschlesiens, die in den vergangenen Monaten die „Boiewa-Manieren“ und den „Selbstschuß-Blödsinn“ vernünftigerweise ablehnten, weil sie in ihnen die Hilfstruppen der polnischen und deutschen Kapitalisten und Nationalisten klar erkannten, diese selben Arbeiter, die im Juni vorigen Jahres den großen Wirtschaftskampf einmütig, Schulter an Schulter, unter Ausschaltung jeder nationalistischen Einstellung, führten, diese Arbeiter haben, trotz aller auf sie einwirkenden Beeinflussungen, zu einem großen Teil erkannt, daß sie sich über alle Widerstände hinweg, die Hände zum gemeinsamen Kampf reichen müssen.

Die Aufgabe unserer Genossen polnischer Sprache muß es sein, die politischen Arbeitsbrüder wahrzunehmen und ihnen die kommunistische Idee als notwendige Lebensaufgabe einzuhammern. Die Parteigenossen der deutschen Sprache haben dieselbe Aufgabe zu erfüllen.

Benutzen wir die kurze Frist bis zu den Reichstagswahlen! Arbeiten wir in diesem Sinne — und neue Legionen kampfbereiter Mitstreiter werden wir am 4. Mai unter unserem Banner müßern.

Oberschlesiens Proletarier sind Kampfnaturen, sie haben es bewiesen. Rufen wir sie zum Kampf, geben wir ihnen das notwendige Rüstzeug, klare politische Erkenntnis, und sie werden unter dem Banner der kommunistischen Partei, die starke Führung der ober-schlesischen Maanen fürmen.

Bestenfalls die bolschewistische Bewegung. Aus Anlaß der Arbeiterbewegung ist der frühere Selbstschuß, dann Landesbestrebungen, jetzt bolschewischer Fund, immer in der Nacht herabgefallen, klarer bereit und belätigt die Arbeiter der Beuthengrube bei Dombrowa, wann sie aus der Arbeit kommen. Es wird auch klar, gelassen, so daß die Kugeln die Arbeiter leicht treffen können.

Carl-Lewis. Vergangenen Sonntag kam eine Horde von den Bolschewisten nach Glatz und verprügelten einen alten Mann von 75 Jahren, weil sie vernutzten, er sei polnisch gesinnt. Der Mann hat Anzeige gemacht, als die Fende dies erfuhr, kamen sie nächste Nacht wieder und haben ihn wieder verhaften. Wählt die Deutsch-polnischen, dann werdet ihr immer gehauen.

Carl-Lewis-Breslau. Am 27. März, abends 7 1/2 Uhr, berief die Ortsgruppe der SPD. Carl-Lewis eine öffentliche Versammlung ein, in der Genosse Graf von der Bezirksleitung referierte. Er führte der Versammlung in seinem 15-stündigen Referat des Hauptreferat der SPD. am Proletariat klar vor Augen. In der Diskussion sprach dann Gen. Kollberg in kurzen Worten über das verdrängte Treiben der SPD. in der hiesigen Gemeinde. Man hat jetzt sogar den Gewerkschaften im Lande Breslau etwas Wahl-Vermittel mit Hilfe der SPD. in Form von Lebensmitteln gegeben, aber unsere Genossen haben diesen Gimpelgang rechtzeitig erkannt. Die hiesige Ortsgruppe der SPD. war zu feige, wie immer, einen Diskussionsreferat in diese Versammlung zu schicken, jedoch hatte es sich der Leiter der hiesigen Ortsgruppe der SPD. nicht nehmen lassen, dräusen vom Fenster aus die ganze Versammlung mit anzuhören. (Scht SPD. Männer, der Vertreter an der Wand hat keine eigene Schand). Nach Schluß der Versammlung erwartete nun dieser seine Herr mit noch andern hiesiger Parteigenossen den Spindel und Arbeiter-Organisationen Karl Mische (genannt Schindel-Mische), den diese Gesellschaft in die Versammlung geschickt hatte. Es begann nun eine reiche Diskussion und eine heftige Diskussion auf offener Straße. Durch gute Ohren unserer Genossen wurde diese Verdrängerhaltung, sowie Diskussionen abgehangen. Herr Anwand, der Leiter der hiesigen SPD-Ortsgruppe, war natürlich über diese Angriffe gegen seine Partei sehr entrüstet. Er brachte dann auch zur Ausdruck, daß es nicht schon von den Carl-Lewis-Kommunisten wäre, daß sie jetzt zu den Wahlen derartige Verdrängerung in die Arbeiterchaft von Carl-Lewis hineinbringen u. a. Es wird auch wieder Lebensmittel an die Carl-Lewis-Gewerkschaften gehen; dann wird er dafür sorgen, daß diejenigen Arbeiterlosen, die in der SPD. sind, keine Lebensmittel bekommen. Fiat Deus! Scherzliche Einengungenmethoden! Um die Denunziation des Spindels Herrn Mische zu beweisen, will ich ein klares Beispiel bringen. Einem verheirateten Gewerkschaften gegenüber, der auf Grund seiner Not gezwungen war,

Einberufung des Arbeiterkongresses.

Der Zwölferausschuss der oppositionellen Ortsausschüsse des ADGB. beruft einen Kongress der revolutionären Gewerkschafter und Betriebsräte ein.

Am 23. März beriet der Zwölferausschuss der oppositionellen Ortsausschüsse des ADGB in Berlin über die Lage in der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere über die Spaltungsbestrebungen des ADGB und den Abwehrkampf, den die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gegen die Aktion des ADGB zu führen hat.

Nach gründlicher Durchsprechung dieser Fragen wurde einstimmig nachstehende Entschließung angenommen:

„Der Zwölferausschuss beauftragt die Dreier-Kommission, einen Aufruf an die Arbeiterschaft herauszugeben, und den Kongress der revolutionären Gewerkschafter und Betriebsräte möglichst noch im Mai einuberufen. Zur Vorbereitung des Kongresses wird eine Kommission aus fünf Gewerkschaftern ernannt, die sofort alle notwendigen politischen und organisatorischen Vorbereitungen zu treffen hat.“

Weiter wurde noch die politische und organisatorische Vorbereitung des Kongresses besprochen, dann die Dreier-Kommission gewählt, die mit den Vorbereitungsarbeiten beauftragt worden ist.

Die Einberufung des Kongresses stand schon seit einiger Zeit bevor. Zu dem jetzigen Beschluß gab in erster Linie die Gewerkschaftsopposition Anlaß, die durch ihre jetzt ganz offenen Spaltungsabsichten eine ungeheure Erbitterung in den breitesten Massen hervorgerufen haben, so daß eine Sammlung der Kräfte der Gewerkschaftsopposition eine dringende Notwendigkeit geworden ist. Trotzdem steht der Zwölferausschuss einmütig auf dem Standpunkt, daß alles getan werden muß, um die Spaltung zu verhindern und er ist der festen Überzeugung, daß die Spaltung nur dadurch zu verhindern ist, daß sich um ihn die breitesten Massen der Arbeiterschaft sammeln und ihren festen Willen kundgeben, die Gewerkschaften auf der Grundlage völliger Arbeiterdemokratie zu Organen des wirklichen Klassenkampfes zu machen.

Auf verschiedenen Bezirksparteitagungen der SPD. — so z. B. auf den jüngst abgehaltenen Parteitagungen der Bezirksorganisationen Berlin, Niedersachsen und andere Bezirke — ist die Einberufung des Kongresses der revolutionären Gewerkschafter und Betriebsräte aufs wärmste begrüßt worden als notwendiger Schritt im Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung. Es ist daher zu erwarten, daß alle Parteigenossen sich mit größter Kraft dafür einsetzen, daß der Kongress gründlich sowohl in politischer wie in organisatorischer Hinsicht vorbereitet wird.

Schach

Bearbeitet vom „Arbeiter-Schachverein Breslau“.

Partie Nr. 36

Französische Partie

Wettbewerb Westen—Neußölln des Berliner Arbeiter-Schachklubs

Beiz: Schweizer Schwarz; Bilberg (Weissen)

- 1. e2-e4 e7-e6
2. d2-d4 d7-d5
3. Sb1-c3 Sg8-f6
4. Lc1-g5 Lf8-e7
5. e4-e5 Sf6-d7
6. Lg5xe7 Dd8xe7
7. Sg1-f3 c7-c5
8. Sc3-b5 Ke8-d8
9. e2-c3 Sb8-c6
10. Sb5-d6 e5xd4
11. e3xd4 f7-f6
12. Lf1-b5 f6xe5
13. Lb5xc6 Dd7xd6
14. Lc6xd7 Dd6xb4
15. Dd1-d2 Db4xd2
16. Lc1xd2 Lc8xd7
17. Sf3xe5 Kd8-e7
18. Ta1-c1 Ta8-c8
19. Tc1xc8 Th8xc8
20. Th1-c1 Tc8xc1
21. Kd2xc1 Ld7-b5
22. Kc1-d2 Ke7-f6
23. Kd2-e3 g7-g5
24. a2-a3 h7-h5
25. g2-g3 g5-g4
26. f2-f3 g4xf3
27. Ke3xf3 Kf6-f5
28. h2-h3 Lb5-a4
29. g3-g4+ Kf5-g5
30. Se5-f7+ Kg5-f6
31. Sf7-e5 Kf6-g5
32. Se5-f7+ Kg5-f6
33. Sf7-e5 Kf6-g5
34. Se5-f7+ Kg5-h4
35. Kf3-f4 La4-c2
36. Kf4-e5 h5xg4
37. h3xg4 Kh4xg4
38. Ke5xe6 Lc2-b3
39. Ke6-e5 Kg4-f3
40. Sf7-d6 h7-b6
41. Sd6-c8 Kf3-e3
42. Sc8xa7 Ke3-d3
43. Sa7-c8 h6-b5
44. Sc8-d6 Kd3-c2
45. Sd6xb5 Kc2xb2
46. Ke5-d6 Kb2-c2
47. Kd6-c5 Kc2-d3
48. Kc5-b4 Lb3-c4
49. a3-a4 aufgegeben.

1) Besser ist Sd7-b6 oder Dd8. 2) Weiß hat mit seinen letzten drei Zügen ein Remisangebot gemacht. Schwarz lehnt ab, in der Annahme, in seinen Mittelbauern eine Gewinnchance zu haben. Das wäre schon richtig, wenn die Deckung der Bauern möglich wäre. Der Zeitzug ist ein Fehler und legt den Grund zum Verlust der Partie. Dem weißen König wird dadurch das wichtige Feld f4 zugänglich gemacht. Ld7 geht dann nicht, wegen g4-g5 und Lc8 wird mit Sf7-d6 selbst g4-g5 beantwortet. Die schwarzen Mittelbauern werden darauf sofort geschwächt und fallen im Laufe des Spiels. Nur bei lehrreichem Endspiel wegen haben wir die Partie gebracht.

Anfragen um Zuschriften sind zu richten an Alfred Gärtner, Breslau, Weinstraße 84. Eventuellen Rückfragen ist Porto beizufügen.

Deutscher Arbeiter-Schachbund

Bundesvorsitzender Alfred Gläser, Chemnitz, Bülowstraße 33.

Wer diese Worte Arzt verschmäht, Zur G. H. S. als Vetter geht.



Warnung.

1. Wir warnen vor Wilhelm Flügger, Hannover, Knochenhauerstraße 18, Größe 1,70 Meter, Gesicht spitz und rundgehogene Nase, graue Augen, dunkelblondes Haar. Er trägt sehr oft graue Kleidung mit Kniehosen und hat ein wenig gebogene Beine. Er tritt bei allen Begegnungen sehr unsicher auf, was ein besonderes Merkmal sein muß. Flügger ist verheiratet, 23 Jahre alt und hat 4 Kinder. Er war lange Zeit arbeitslos, lernte in irgendeiner Kaschemme Mikotowsky kennen, der ihn für sich mit Erfolg nutzbar machte. Er hat für Epizeleiten und Verrat von Waffen und anderen Dingen von der la. bisher eine Summe von 123 Mark bezogen. Die la. wird ihn jetzt anstellen und wahrscheinlich an einem anderen Orte verwenden.

2. Fritz Gehardt, Hannover, Ballhofstraße, ein Freund Flüggers, wurde von diesem als Werkzeug benutzt und jetzt abgeschüttelt. Er ist 1,75 Meter groß, geht, hat ein volles, vierkantiges Gesicht und schwarzes, zurückgelammtes Haar, geht gekleidet in grauem Anzug und Ballonmütze, Typ eines Juhalters.

Flügger soll die Absicht haben, sich nach Frankfurt oder einem anderen süddeutschen Platz zu begeben. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß er nach Bekanntwerden dieser Warnung auch wo anders sein Heil versuchen wird.

Der erwähnte Mikotowsky ist eine der übelsten Kanaillen aus dem Weismann-Severingschen Spießsumpf, der u. a. auch durch seine Agenten die Provokation mit dem Attentat auf Noße besorgte. Obwohl es uns nicht gelungen ist, sämtliche Fäden aufzudecken, haben wir Grund genug zur Annahme, daß die Provokation Mikotowsky im Einverständnis mit Noße geschah, der damit ja nur eine gute sozialdemokratische Tradition gewahrt hätte.

Gewerkschaft.

Bentzen. Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Zur Durchführung der Werbeweche, die vom Verbandstag des DMAB in Cassel beschlossen wurde, sprach in einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung am Sonntag der Koll. Hand Fe vom Hauptvorstand.

Er gab in seinen Ausführungen eine Schilderung der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften vom Fachverein vor den 90er Jahren bis zu den heutigen Zentralverbänden mit all den wechselvollen Perioden, die sie in dieser Entwicklungszeit durchlaufen haben. Er kennzeichnete die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit der Revolution, mit ihrer Scheinobjektur, ihren Kullhöhen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald die Zeit wieder kommen werde, wo Deutschland wieder auf dem Weltmarkt eine Rolle spielen werde, denn es sei als Industriestaat auf die Ausfuhr seiner Erzeugnisse angewiesen. Der Angriff der Unternehmer und das Zurückweichen der Arbeiterschaft sei schon zu allen Zeiten zu verzeichnen gewesen. Er wollte vom alten Rom an Darlegungen darüber geben, aber die Zwischenrufe befehlten ihn, daß die Arbeiterschaft etwas von den heutigen Zuständen und den Maßnahmen der Gewerkschaften dagegen hören wolle. Er erklärte dann die Politik der Gewerkschaften als richtig, indem sie etwas präzisiert, um nicht das Ganze zu gefährden. Die Arbeiter müßten dieses einsehen, und durch Stärkung der Gewerkschaften mitwirken, die verloren gegangenen Positionen wieder zu erobern. Der schwache Beifall zeigte, daß die Arbeiterschaft nicht mit dieser Politik der Gewerkschaften, so wie sie der Referent ausgelegt hatte, einverstanden ist.

In der darauf folgenden Debatte wurde das durch einen Redner der gewerkschaftlichen Opposition nachgeholt. Unser Genosse zeigte, auf welche Aufgaben der freiergewerkschaftlichen Organisationen in der heutigen politischen und wirtschaftlichen Situation erwachsen. Heute, wo die Lebenshaltung des Proletariats trotz der Marktstabilisierung die der Referent gepriesen hat und die nicht durch sinnlos Forderungen gestiftet werden darf, durch den Raub des Währungsstandes, durch Lohnabbau, durch Abbau der Sozialhilfe auf das tiefste Niveau gedrückt ist, können und dürfen die Gewerkschaften nicht mit Vorkriegsmethoden versuchen wollen, nach und nach wieder eine langsame Verbesserung der Lebenshaltung herbeizuführen. Heute muß es Aufgabe der Gewerkschaften sein, ihre Macht in richtungslosen Klassenkampf einzusetzen, um als Massenorganisationen entscheidend am Sturz des kapitalistischen Systems mitzuwirken. Die Phrase von der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften, die der Referent mit einem Zitat von Debel aus dem Jahre 1900 belegen wollte, wurde von unserem Genossen ins rechte Licht gerückt und gezeigt, daß gerade das Vergehen und die Verdrängung, die von einzelnen Gewerkschaftsführern begangen worden sind, auf Grund ihrer sozialdemokratischen Einstellung erfolgt sind, da die SPD ein Interesse an der Erhaltung dieses Staates hat und Gewerkschaftsführer als Reichstagsabgeordnete dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt und damit auch für die Folgen dieses Gesetzes verantwortlich sind. Die SPD benutzt die Gewerkschaften für ihre Politik, aber wenn Kommunisten in den Gewerkschaften auf ihrer Überzeugung um die Herzen und Sinne der Arbeiter ringen, um sie für den Gedanken des Klassenkampfes reif zu machen, dann schließt man sie aus und beweist damit, daß es keine parteipolitische Neutralität in den Gewerkschaften gibt, sondern daß man mit zweierlei Maß mißt und daß nur sozialdemokratische Anschauungen Platz haben sollen. Die offenen Kamellen von der Koll. Hand Fe, womit der Referent beweisen wollte, die Arbeiterschaft ist zur Übernahme der Macht reif, wurden von unserem Genossen an Hand der Verhältnisse im Conjectur-Land schlagend widerlegt. Unser Genosse schloß seine Aus-

führungen mit dem Hinweis, daß es Aufgabe der Metallarbeiter sei, den DMAB zu stärken, Mitglieder zu werben, aber nicht nur um ein Mitgliederbuch in der Tasche zu haben, sondern um durch intensive Arbeit die Gewerkschaften zu wirklichen revolutionären Massenorganisationen zu Industrieverbänden zu gestalten, damit sie ein Faktor im Befreiungskampf des Proletariats vom kapitalistischen Joch werden.

Ein Redner der Union erklärte, nur durch den Anschluß an die revolutionären Organisationen, an die Rote Gewerkschaftsinternationale könne die Arbeiterschaft in geschlossener Front den Sieg erringen.

Im Schlußwort versuchte der Referent einzelne Punkte unseres Diskussionsführers zu widerlegen und glaubte das an Hand von Zentralfäden und Auszügen aus einer Broschüre des berühmten russischen Menschenaffen Van mit Statistiken von 1921 über Russlands wirtschaftliche Lage tun zu können. Der Widerspruch der Verammlung bewies aber, daß die Arbeiterschaft, daß als Spiegelbild betrachtet Metallarbeiter, erfaßt auch eute Organisation und gestaltet sie zu einem wuchtigen Kampforgan!

Landshut. Die „Schlesische Bergwacht“ bringt in der Nummer vom Sonnabend, den 29. März unter „Zustand der Arbeiterschaft“ eine Notiz, die zeigt, in welcher Weise Geschäfte geschrieben wird. Die Infationsperiode soll Schuld gewesen sein, daß eine Veränderung in der Besetzung der Geschäftsstelle notwendig geworden sei. Jeder Kenner der Sache erzieht an der Veränderung der Besetzung, daß nicht die Inflation die Ursache, sondern daß sie auf die politische Einstellung der Angestellten zurück zu führen ist. Den Mut, dies der Öffentlichkeit zu unterbreiten, findet man nicht, aber worauf es ankommt, wird doch gezeigt, nämlich auf eine Vollbesetzung der Verwaltung. Daß ein Angestellter die Arbeit nicht allein erledigen kann, liegt auf der Hand. Es dürfte kaum eine Geschäftsstelle des Verbandes aufzuweisen sein, wo bei annähernd 3000 Mitgliedern nur ein Angestellter beschäftigt wird. Es sind Fälle bekannt, wo der 30. Teil an Mitgliedern genügt, um 2 Angestellte zu halten. So steht also die Gerechtigkeit aus. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder ist gleich Null, wenn sie sich zu der SPD halten. Die Existenz der Reformisten beruht, wie zu ersehen ist, nur auf der Diktatur gegen die Kommunisten. Nun, die Arbeiterschaft hat es in den Händen, ob sie sich eine solche Diktatur noch länger gefallen lassen will. Erzie jeder, der sich aus Mangel aus dem Verbands zurückgezogen hat, wieder ein, um mitzubekunden, daß die Geschlossenheit für Beseitigung der bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigt werden können. S.

Aus Betrieb und Werkstat.

Weitere Resultate von Betriebsratswahlen.

Städtische Straßenbahn.

Bei der Betriebsratswahl bei der städtischen Straßenbahn (Fahrpersonal) siegten die Christlichen über die Freien Gewerkschaften. Von 1301 Wahlberechtigten wurden 1206 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung war diesmal so reger, wie noch in keinem Jahre. Das Stimmenergebnis in den einzelnen Wahlbezirken war:

Table with 3 columns: Station, Freie Gew., Christen. Rows include Bahnhof I, II W., V, and totals.

Sechs Stimmen waren ungültig.

Die Niederlage der Freien Gewerkschaften ist in den schwersten wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen sich die Straßenbahner seit vorigem Jahre befinden, zu finden. Das fortgesetzte Einschränken des Betriebes hatte naturgemäß eine Abergläubigkeit von Personal zur Folge, welches gestreckt werden mußte. Gegen dieses Streben wandten sich die Christen mit aller Entschiedenheit und beantragten bei der Verwaltung sowie beim Betriebsrat die Entlassung der jüngeren Kollegen. Diesem Ansinnen kam aber der Betriebsrat nicht nach, sich stützend auf die Demobilisationsbestimmungen. Dies hatte zur Folge, daß die älteren Kollegen zum großen Teil aus der Gewerkschaft austraten oder zu den Christen abswanften, hoffend, durch Stärkung der christlichen Organisation zum Ziele zu gelangen. Bis in die letzte Zeit erstreckten sich die Versuche der Christen, durch die Entlassung der jungen Kollegen durchzusetzen, und zwar mit dem Erfolge, daß der Delegiert der Straßenbahn auf ihr Ansinnen, den Betriebsrat beauftragte, eine allgemeine Abstimmung herbeizuführen, ob weiter gestreckt oder entlassen werden sollte. Die Abstimmung war für Weiterstrecken. Hiermit gaben sich die Christen noch nicht zufrieden und beantragten bei der Verwaltung eine nochmalige Abstimmung in den einzelnen Fahnhöhen, welche auch die Verwaltung anordnete. In dieser Abstimmung beteiligten sich größtenteils nur Christen und infolgedessen verlor diese Abstimmung im Sande. Inzwischen kam durch die Festigung der Währung der Wiederaufbau der Straßenbahn, wodurch das Streben allmählich aufhörte. Trotzdem herrscht in der Belegschaft eine große Erbitterung über die niedrigen Löhne, welche gezahlt werden, wofür den Gewerkschaften die Schuld zugeschoben wird. Kollege Genf, seines Zeichens Stadtrat, betont immer sein gutes Herz für die Straßenbahner, indem er sich als Vater und die Straßenbahner als seine Kinder bezeichnet, für die er ständig eintrete. Auch diese Phrasen des Stadtrats Genf können mit gutem Grund als weitere Ursache der Niederlage der Freien Gewerkschaften bezeichnet werden. Die Freie Gewerkschaft hatte bei Aufstellung der Kandidaten zur Betriebsratswahl in der Vor- und Nachmittagsversammlung einen Besuch von kaum 100 Straßenbahnern aufzuweisen. S.

Der Bericht unseres Parteigenossen zeigt deutlich den ungeheuren Verrat der SPD. Sie selbst ist schuld am Abwandern der Arbeitermassen zu den Christen. Indem sie von vornherein vor dem entscheidenden Kampf gegen die Produktionsabotage der Unternehmer oder der städtischen Bürokratie zurückwich, indem sie selbst keinen Glauben an den eigenen Sieg hatte, ließ sie gleichmäßig auf die Belegschaft zu verteilen, möglichst alle Arbeiter die Segnungen der Betriebsbeschränkung auskosten zu lassen, anstatt den Kampf gegen das ganze System der Produktionsabotage aufzunehmen, ermöglichte sie es erst den Christen einen Teil der Arbeiter gegen den anderen auszuspielen, die alten gegen die jungen, und so die Gesamtarbeiterschaft zu zersplittern und zu schwächen.

Dieses beiderseitige Verräterspiel der Christen und der Sozialdemokraten ist nur dort möglich, wo es unsere Genossen nicht verstehen, selbst aktiv aufzutreten, die Massen für das eigene, positive Kampfprogramm zu gewinnen und sie, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer, in den Kampf zu führen. Diese Schwäche unserer Partei ist selbstverständlich alles eher, als eine Rechtfertigung für das traurige Verhalten solcher „Arbeiterführer“ und „Arbeiterpartei“.

Strehlen-Steinbruch.

500 Arbeiter. Opposition 318 - 5 Mandate. Reformisten 111 - 2 Mandate.

Genossen, werdet Abonnenten!



Das Haus für
Seiden- und Kleiderstoffe

GLEIWITZ

Gardinen

Möbel-Stoffe

Dekorationen

SAISON-
ERÖFFNUNG
Herbst und Winter
1 9 2 3

Teppichhaus Wachsmann

Telefon Nr. 1196. Gleiwitz OS. Wilhelmstraße 29.

**SEIDENHAUS
WEICHMANN
GLEIWITZ**
FERNRUUF NR. 320/321

Josef Wechselmann G. m. b. H.
GLEIWITZ Wilhelmstr. 57
Spezial-Geschäft
für
Herrenstoffe
Baumwollwaren
Brautausstattungen

Parterre-Geschäft
Gleiwitz :-: Roonstraße Nr. 9
Mäntel Kleider
Kostüme Blusen
Röcke, Jumper, Strickjacken
in grosser Auswahl.

★
Für Verlobte
das erprobte
Schlesische Leinenhaus
SPEZIALITÄTEN
Leinen-, Bett- und Tisch-Wäsche

Schlesisches Leinenhaus
das Haus der guten Qualitäten
GLEIWITZ OS.
Wilhelmstraße 28
1. Etage
★

Sport-Haus
G. Brauer
Geschäftsinhaber: Simon Brauer
Gleiwitz :-: Bahnhofstraße 7
Gründungsjahr 1891

L. Tiefenbrunn
Gleiwitz
Neudorfer Straße 11
Manufakturwaren

Sämtliche Sport-Artikel
in großer Auswahl

Etagen-Geschäft
Germaniaplatz
Neudorfer Strasse 12 Etag.
1. Hause d. Zigarrengesch. Beck
Planener Erzeugnisse
Strickjacken • Wollwaren

Gleiwitzer
Stoff-Zentrale
Bahnhofstraße 1
empfeilt zu bekannt
billigen Preisen
Herren- und Damen-Kostüm-Stoffe
Große Auswahl. Reelle Bedienung.

Produktiv - Genossenschaft für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Abteilung Buchdruckerei
BRESLAU, Trebnitzer Strasse 50

Produktiv - Genossenschaft für die Provinz Schlesien
e. G. m. b. H.
Abteilung Buchhandlung
BRESLAU, Nikolaistrasse 49 - 50

erledigt alle Druckaufträge für Private, Behörden, Vereine u. Organisationen

hat ein reichhaltiges Lager aller einschläg. proletar. Literatur aufzuweisen

Beuthen

Billig u. gut kaufen Sie bei
Reste - Berger
Beuthen, Bahnhofstrasse 21

Möbel-Kaufhaus
CURT LOWENSTAMM
Beuthen O.-S.
Friedrich-Wilhelm-Ring 6

**Stempel-
Mann**



Beuthen O.-S.
gegenüber
dem Rathaus
Telefon Nr. 718

Das führende Haus
der Herren-Bekleidung

W. Hamburger & Co.

Breslau Beuthen
Schweidnitzer Str. 9 Bahnhofstr. 6

Jg. Schedon's Ww. & Söhne
Inhaber: Tatzel & Rimpler
Beuthen Bahnhofstr. 32
Herrenwäsche • Herrenartikel
Anzüge fertig und nach Maß
Gummimäntel

H. Böhm & Co.
Beuthen O.-S.
Gr. Blotnitzerstr. 39
Manufaktur-, Weiß-
und
Wollwaren

R. Altmann Nachf.
Beuthen OS.
Ring 9/10, Eingang Schießhausstraße

Weiß- und
Wollwaren

Albert Richter
Beuthen OS, Bahnhofstraße 3, 1. Etag.
Fertige Herren-, Knaben-
u. Mädchen-Kleidung
aller Art

Carl Seidler
Beuthen OS,
Schießhausstraße, Ecke Ring
Damenputz u.
Trauerhüte

**Heller &
Rosenzweig**
BEUTHEN OS.
Gymnasialstr. 15.
**Kurzwaren
Trikotagen**
Engros Export

Benno Kornfeld
Handarbeit- und Wäsche-Haus
Beuthen, Bahnhofstr. 11

Jockey-Club
Spezialgeschäft
für
Herren-Artikel jeder Art
Bahnhofstr. 6, 1. Stock, 2. Treppenhaus

**Tischler
& Siedner**
Beuthen OS,
Dyngosstr. 27a
Schuhwaren
Engros. Export.

**Schuhwaren-
Haus
R. Neustadt**
Beuthen O.-S.
Ring 15
Telefon Nr. 547
.....
Nur erstklassige
Fabrikate
Große Auswahl

**Schuhhaus
Berger**
Beuthen OS,
Poststrasse
Nur erstklassige
Fabrikate

W. Nowakowski
Beuthen OS,
Kaiser-Franz-Joseph-Platz 9
Zigarren- und
Zigaretten-Großhandlung

August Szeponik
Beuthen OS., Dyngosstraße 39
Telephon 522
Kaufhaus ersten Ranges
für moderne Damen- und Kindergarderobe
Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen, Ausstattungen

Alfred Gehauer
Beuthen OS,
Krakauer Str., Ecke
Hornbuchen- u. Zuckerwarenfabrik

Galanterie-
u. Kurzwaren-
Gross-Handlung
Deckro & Schmelz
Beuthen Langestr. 39